

POLITISCHE LEITVOKABELN

Karin Böke/ Frank Liedtke/ Martin Wengeler: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Mit einem Beitrag von Dorothee Dengel. Berlin, New York 1996 (Sprache. Politik. Öffentlichkeit. Herausgegeben von Armin Burckhardt, Walther Dieckmann, K. Peter Fritzsche, Ralf Rytlewski. Band 8)

In den in diesem Band versammelten Arbeiten wird »das zentrale Vokabular der Gründungs- und Konsolidierungsphase der Bundesrepublik Deutschland systematisch« (V) erfasst und beschrieben. Ziel ist es, politisches Bewusstsein, Befindlichkeiten und Mentalitäten über sprachliche Ausdrucksformen zu rekonstruieren.

In seiner methodischen Einführung stellt Frank Liedtke die Analyse politischer Leitvokabeln auf drei Untersuchungsaspekte ab, die je spezifisch die linguistische Beschreibung politischen Sprachgebrauchs leisten. 1. Semantikanalyse zur Beschreibung des genuin politiksprachlichen Merkmals der Mehrdeutigkeit, des konkurrierenden Sprachgebrauchs im Sinn der Stereotypen-

semantik, um diejenigen »Bedeutungsanteile von Ausdrücken« darzustellen, »um derenwillen die Vokabeln als strategische Mittel im politischen Sprachhandeln eingesetzt werden« (7f.); 2. Darstellung des Aspekts der Metaphorisierung/ Verdinglichung politischer Sachverhalte – die besonders bei »Hochwertwörtern« zu erwarten ist –, um die »bewertende[n] Bedeutungsanteile« politischen Sprachgebrauchs zu beschreiben; 3. Handlungsanalyse politischen Sprachgebrauchs, um dessen strategische Ziele zu erfassen. Am Beispiel eines Wahlaufrufs von Konrad Adenauer vom 5. 9. 1953 wendet Liedtke das von ihm dargelegte Konzept an (S. 10-16) ohne damit implizieren zu wollen, dass diese methodischen Überlegungen als starres Modell zu verstehen sind. Sie sollen lediglich einen Rahmen abstecken, eine Orientierung geben.

Karin Böke – sie hat ihre Dissertation in diesen Sammelband integriert – nimmt in ihrem ersten Beitrag 'Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Zu Theorie und Methodik' diese allgemeineren Vorüberlegungen auf und spezifiziert sie. 1. Sie referiert das Programm einer neuen Sprachgeschichtsschreibung: Basierend auf einem Sprachbegriff, der seine wirklichkeitskonstituierende Funktion heraushebt, wird Sprachgeschichte verstanden zugleich als problemorientierte Zeitgeschichte und als Bewusstseins- resp. Mentalitätsgeschichte. 2. Schlüsselwörter bzw. politische Leitvokabeln – die Verfasserin möchte hier nicht

unterscheiden – definiert sie als Wörter oder Wortkomplexe, »die im Sprachgebrauch der konfligierenden Gruppen mit bestimmten Leitgedanken ihrer (kontroversen) politischen Programme oder Ziele verbunden werden« (20f.). Dabei ist auch nach politischer, strategischen Zielen folgender Synonymik zu fragen, nach Sprachnormierungsversuchen, nach Sprachwandelerscheinungen. Schlüsselwörter bzw. Leitvokabeln haben deshalb heuristischen Wert in Hinsicht auf das Erkenntnisinteresse des vorausgesetzten Programms von Sprachgeschichtsschreibung, weil sie »uns den Zugang zur politischen Problem- und Bewußtseinsgeschichte einer Sprachgemeinschaft eröffnen« (32f.). 3. Das zugrunde gelegte Sprachgeschichtskonzept unterscheidet sich vor allem deshalb von der traditionellen Sprachgeschichtsschreibung, weil der Handlungsaspekt von Sprachgebrauch berücksichtigt wird: Gefragt wird nach pragmatischen Bedingungen und strategischen Zielsetzungen, die ein Wort zu einem politischen Schlüsselwort machen. Es folgt die methodische Einordnung der Analysen, die die Verfasserin in einen zeitlich, thematisch, textsortenspezifisch und lexikalisch bestimmten Rahmen einfügt sowie die terminologische Festlegung des von ihr benutzten Beschreibungsvokabulars.

Die Verfasserin sieht den in diesem Sammelband verfolgten Ansatz als eine Erweiterung des in Stötzel/ Wengeler (1994) realisierten Konzepts (vgl. Sprachreport 1/96, S. 6), indem die auf einen kürzeren Zeitraum bezogenen Analysen auch sprachsystematische linguistische Befunde darzustellen erlauben.

In dem Kapitel 'Zwischen *Föderalismus* und *Zentralismus*. Leitvokabeln zum bundesstaatlichen Aufbau' stellt Karin Böke positiv (*Föderalismus*, *Einheit*, *Vielheit*, *Vielfalt*, *Synthese von Einheit und Vielheit*) und negativ konnotierte Synonyme (*Zentralismus*, *Partikularismus*, *Separatismus*, *Unitarismus*, *Staatenbund*, *Einheitsstaat*) als Konkurrenzvokabeln des politischen Konzepts von 'Bundesstaat' einander gegenüber, wobei *Föderalismus* das Abstraktum zu dem synonymischen, während des Untersuchungszeitraums immer positiv konnotierten Konkretum *Bundesstaat* bildet, zu dem sich fast alle politischen Parteien »schon früh ... bekannten« (56). Das diskursive Inventar ist geprägt von der Interpretationsvokabel *Subsidiaritätsprinzip*, von den Leitvokabeln *Selbstverwaltung* und *Kulturhoheit der Länder*, von den metaphorischen Konzepten *Bundestreue* und *Organismus* sowie von den positiv besetzten Ideologemen *christliches Abendland*, *Freiheit*, *Demokratie*, den stigmatisierenden Ideologemen *Totalitarismus* und *Kollektivismus*. In der unmittelbaren Gegenwart (1989) erweisen sich (*Kon-*)*Föderation*, *Staatenbund*, *Bundesstaat* »als konzeptuelle Konkurrenzvokabeln« (128), den gegenwärtigen Europa-Diskurs bestimmt der Bezeichnungskomplex *Subsidiarität*, *Zentralismus*, *Föderalismus*, *Einheit*, *Vielfalt*.

In einem zweiten Kapitel – 'Flüchtlinge und Vertriebene zwischen dem *Recht auf die alte Heimat* und der *Eingliederung in die neue Heimat*' – legt Karin Böke dar, dass die Flüchtlingsdebatte weniger Schauplatz semantischer

Ausdeutungen war – der Ausdruck *Vertreibung* setzt sich durch –, sondern dass diesbezügliche Konkurrenzvokabeln Indikatoren der Selbstsicht waren (*Heimat-*, *Ost-Vertriebener*) und dass ihr Gebrauch zeit- und ortabhängig, m.a.W. auf unterschiedliche Referenzbereiche bezogen war (*Aussiedler*, *Umsiedler*, *Zonenflüchtling*). Ausdrücke wie *Massenflucht*, *Flüchtlingsstrom*, *Völkerwanderung* schließlich sind als Wirklichkeitsinterpretationen zu verstehen, welche Umfang und Kontinuität des Phänomens bewerten. Den politisch-legislatorischen Aspekt – die Betroffenen waren ja vor allem auch ein politisches 'Problem' – offenbaren die terminologischen Festlegungen von *Flüchtling* (aus der SBZ) und *Vertriebener* (aus den Gebieten östlich Oder-Neiße, dem Sudetenland, deren Status mit der die Innenperspektive reflektierenden Bezeichnung *Neubürger* kenntlich gemacht wurde). Als Handlungskonzept politischer *Integration* erweist sich dabei der Bezeichnungskomplex *Familienzusammenführung - Heimat - Eingliederung*. Ein Ausblick in die Gegenwart macht deutlich, dass die Bezeichnungen *Gastarbeiter*, *Aussiedler* und *Asylant* »teilweise mit ähnlichen negativen Assoziationen verknüpft [waren und sind] wie in den Nachkriegsjahren der Ausdruck *Flüchtling*« (S. 209).

Ins Zentrum ihres Beitrags 'Das *Doppel-Leben* der Frau: natürlich anders und rechtlich gleich. Frauenpolitische Leitvokabeln' stellt Karin Böke die »Entwicklung des Ausdrucks *Gleichberechtigung* von einer zunächst allgemeingültigen Hochwertvokabel zu einem diskursiv spezifizierten und dann umstrittenen politischen Leitwort« (S. 274), dem sich auf der Seite der Gegner *organische Gleichberechtigung*, *organische/natürliche/göttliche Ordnung* zur Legitimierung ihrer Haltung, *formal*, *schematisch*, *mechanisch* zur Ablehnung der Neuerung und auf der Seite der Befürworter *Gleichwertigkeit*, *Gleichsetzung*, *Gleichstellung* als Bezeichnungsalternativen angliedern. Zu den Konstituenten des Diskurses gehören zudem *Frauenüberschuß*, *Doppelbelastung*, *Doppelverdiener(tum)*, *Nur-Hausfrau*, *gleicher Lohn bei gleicher Arbeit*, *Frauen-/Leichtlohngruppen*. Nach 1968 wird die Vokabel von *Emanzipation* abgelöst, in den Achtzigerjahren folgt der Bezeichnungskomplex *Gleichstellung - Frauenförderung - Quotierung*.

Martin Wengeler macht in seinem Beitrag 'Gleichgewicht im Kalten Krieg - Leitvokabeln der Außenpolitik' deutlich, dass der blockspezifische politische Diskurs wie kein anderer Forum für die 'Besetzung von Begriffen' ist: *Politik der Stärke*, Antonym zu *Politik der Entspannung*: von der SPD als Stigma- bzw. Vorwurfsvokabel auf die Regierungspolitik bezogen verwendet, von den Regierungsparteien auf die Politik der Sowjetunion bezogen; *friedliche Koexistenz*: von Regierungsparteien pejorisiert (»sowjetischer Propagandatrick«), von der SPD als Bezeichnung eines erwünschten Zustands verwendet; *Disengagement*: Fahnenwort bei SPD/ FDP, Stigmawort bei CDU/ CSU; *Gleichgewicht*: von den Regierungsparteien ausschließlich positiv (auch als programmatische Vokabel zur Begründung der Aufrüstungspolitik der Regierung), bei der Opposition gegen Ende der Fünfzigerjahre zunehmend negativ gebraucht; *Abschreckung*: von den Regierungspar-

teien positiv, von der SPD/FDP mit evaluativ negativer Bedeutung gebraucht (Synonym *Terror, Einschüchterung*). Dagegen lässt sich für die Vokabeln *Kalter Krieg, (echte/wirkliche) Entspannung, Abrüstung, Wiedervereinigung* allgemeinpolitische Akzeptanz nachweisen. Zu dem Bezeichnungsfeld gehört schließlich der von der KPD als programmatische Vokabel (synonym *Rüstungswettlauf*), von der Opposition als Stigmawort (seit 1953 ihr wichtigstes gegen die Regierungspolitik) und von der Regierung nicht verwendete Ausdruck *Wettrüsten*. Die meisten Vokabeln behalten ihre Gültigkeit bis in die Gegenwart, und zwar genauer bis zur Auflösung der Blöcke 1989.

In dem Beitrag 'Die deutschen Fragen. Leitvokabeln der Deutschlandpolitik' fragt Martin Wengeler danach, »mit welchen sprachlichen Mitteln politische Ziele verfolgt, politische Bewertungen vermittelt und politische Realitäten z.T. allererst konstruiert werden« (S. 326). Dieser Diskursbereich ist gekennzeichnet von der Abwesenheit konkurrierenden, das Ziel bezeichnenden Vokabulars – man war sich einig über das Ziel einer friedlichen Vereinigung Deutschlands – und von der sprachlich heterogenen Ausstattung im Hinblick auf die Erreichung dieses Ziels in der SBZ/DDR und im Westen mit der KPD bis Mitte der Fünfzigerjahre. Politische Hochwertwörter wie *Freiheit, Einheit, Frieden, Demokratie* und Programmvokabeln wie *Koexistenz* und *Entspannung* sowie unterschiedliche (propagandistische) Bezeichnungen des jeweils anderen Staates (*Bundesrepublik Deutschland, Westdeutschland, Provisorium, (Sowjet-, Ost-)Zone, SBZ, »DDR«, Satellitenstaat, Trabant*) sind Konstituenten dieses Diskurses, den Wengeler in drei Phasen teilt: 1. bis zur Staatsgründung 1949; 2. bis 1955 (aktive Deutschlandpolitik, NATO-Beitritt, Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion); 3. bis 1961 (deutschlandpolitische Ernüchterung, Desinteresse im Osten, Mauerbau). Als positiv verwendete Fahnenwörter beschreibt Wengeler die Programmvokabeln *Einheit, Wiedervereinigung (in Frieden und Freiheit), freie Wahlen, Souveränität* (bis 1955). Dagegen stehen negativ gebrauchte Stigmawörter wie *Neutralität/ Neutralisierung, Verzicht, Anerkennung, Zerreißung/ Zerstückelung, Spaltung/ Teilung/ Trennung, Separatismus* sowie Legitimationsvokabeln wie *Selbstbestimmung(srecht), Recht auf (die) Heimat, Alleinvertretung(-sanspruch, -srecht)*.

In seinem Beitrag 'Vom Jedermann-Programm bis zur Vollbeschäftigung. Wirtschaftspolitische Leitvokabeln' verfolgt Martin Wengeler zunächst die Chronologie des



Ludwig Erhard, *4.2.1897 †5.5.1977
Foto: Konrad-Adenauer Stiftung, ACDP, Bildarchiv

wirtschaftspolitischen Nachkriegsdiskurses und unterscheidet zeittypisches Vokabular (*Dekartellisierung/ Entflechtung, Demontage, Verbotene Industrie/ Friedensindustrie, Reparationen, Internationalisierung der Ruhr/ Kohle, Wiederaufbau/ Neubau*) und die zentralen Leitvokabeln *Christlicher Sozialismus* (verwendet bis 1947) und *Planwirtschaft*, seit 1949 (Düsseldorfer Leitsätze der CDU vom 15.7.1949) antonymisch zu *Soziale Marktwirtschaft* verwendet. Dieser Ausdruck ist seither Leitvokabel der (Innensicht der) CDU, während das Epitheton *sozial* von links als Euphemismus bezeichnet wird. *Sozialisierung* wird anfangs allgemein positiv verwendet, mit zunehmendem Wirtschaftsaufschwung abwertend bei der CDU, von der SPD 1957 (wie *Vergesellschaftung* und *Verstaatlichung*) ge-

gen *öffentliche Kontrolle* ausgetauscht; *Verstaatlichung* ist schnell allgemeines Stigmawort. *Mitbestimmung* ist anfangs Programmvokabel und umstritten, Fahnenwort der Arbeitnehmer und Stigmawort der Arbeitgeber. *Wirtschaftsdemokratie/ Wirtschaftsbürger* sind programmatische Vokabeln von SPD und Gewerkschaften. *Sozialpartner(schaft)* ist terminologische Ergänzung zu *Soziale Marktwirtschaft* und wie diese von deren Gegnern als Euphemismus gewertet.

Dorothee Dengel analysiert die 'Zauberformel *Elternrecht*. Zum Streit um die religiös-weltanschauliche Gestaltung der Schule'. Sie reflektiert damit den besonders von der katholischen Kirche und der CDU/CSU geführten Diskurs über die Einführung von Bekenntnisschulen. Sie zeigt die positive Besetzung des Begriffs mit den Epitheta *christlich* (seit Ende der Fünfziger-/ Anfang der Sechzigerjahre ersetzt durch *frei, sittlich, christlich-abendländisch, religiös*, der die Abwertung ihrer Gegner mit *konfessioneller Separatismus, Zerreißung/ Zerschlagung des gesamten Schulwesens, Entzweiung, konfessionelle Zwietracht* gegenübersteht. Stigmawörter sind *Gemeinschaftsschule/ Simultanschule* einerseits, *Vermassung* andererseits. Als Argument der CDU »zur Durchsetzung konfessioneller Schulpolitik« (447) dient das Fahnenwort *Elternrecht*, dem antonymisch *Staatsrecht* gegenübergestellt wurde. Seit Anfang der Sechzigerjahre ist eine thematische Verlagerung festzustellen, die in dem Ausdruck *deutsche Bildungskatastrophe* kondensiert.

Die Gesellschaft der Adenauer-Ära setzt sich mit den jüngst vergangenen zwölf Jahren Naziherrschaft auseinander, die ausgewählten Diskursbereiche spiegeln die po-

litischen Bedingungen der Jahre 1933 bis 1945. Demokratischer Aufbau, Pluralisierung der politischen Kräfte und Ringen um staatliche Souveränität sind die handlungspolitischen Ausdrucksformen dieser Auseinandersetzung: Die föderative Staatsorganisation der neuen Bundesrepublik ist Komplement zum zentralistischen »Großdeutschen Reich« der Nazis, dessen Wiedererstehen die Alliierten zu verhindern trachten. Unmittelbare Kriegsfolgen manifestieren sich im Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem ebenso wie im frauenpolitischen Diskurs, nötig geworden aufgrund kriegsbedingten Frauenüberschusses und vor allem kriegsbedingter Emanzipationsprozesse. Die Kriegsfolge Blockbildung bedingt die (Wiederauf-)Rüstungsdebatte und den Ost-West-Diskurs. Der wirtschaftspolitische Komplex ist geprägt einerseits durch die alliierte Dekartellierungs- und Demontage-Politik – als Antwort der Befreier auf die Schlüsselstellung der (Rüstungs-)Wirtschaft in den Jahren 1933 bis 1945 –, andererseits durch das Problem eines schnellen wirtschaftlichen Aufstiegs aus dem Nichts der Kriegstrümmer. Schließlich manifestiert sich die Reflexion der religionsfeindlichen nationalsozialistischen Parteistaats-Schule im bildungspolitischen Diskurs um die Konfessionsschule.

Das ist sprachlich manifestierte Demokratiegeschichte aus der Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland: Das in diesem Sammelband vorzüglich präsentierte und differenziert analysierte Vokabular ist ein Spiegel gesellschaftlicher Befindlichkeiten und Stimmungslagen. Die Gesellschaft, die dieses ausdifferenzierte politische, auf hohem, handlungspolitisch bestimmten Reflexionsniveau erzeugte Vokabular darstellt, ist erfüllt von demokratischem Aufbau- und Gestaltungswillen. Und: Diese Gesellschaft beherrscht die Spielregeln des Umgangs miteinander in einer freiheitlich-demokratischen Ordnung bestens. Sie ist mit demokratischem Denken, Handeln und Fühlen fest verwurzelt und stabil.

Der Wert sprachlich ausgerichteter Diskursanalysen besteht darin, dass sie uns Zustand und Befindlichkeit der an diesem Diskurs Beteiligten offenlegen. Auf unseren Gegenstand bezogen: Der Wert solcher sprachlichen Analysen der unmittelbaren Nachkriegszeit besteht vor allem darin, dass sie das historische Bewusstsein über die Zeit des Nationalsozialismus und seine Deutung aufdecken. In diesem Sammelband ist die von politischem Pragmatismus gekennzeichnete Version einer zukunftsgerichteten Auseinandersetzung mit den vergangenen zwölf Jahren dokumentiert und beschrieben. Dieser Reflexionsmodus hat zum Ergebnis einen in handlungspolitischer Gestaltung einer demokratisch organisierten Nachkriegsgesellschaft sich ausdrückenden Abkehrwillen. Die zeitliche Perspektive dieses Abkehrwillens ist die Gegenwart und vor allem die Zukunft. Demnach drückt sich die Auseinandersetzung mit den vergangenen zwölf Jahren Nationalsozialismus in den Beiträgen dieses Sammelbandes in gegenwarts- und zukunftsorientierten pragmatischen politischen Handlungskonzepten und ihrer begrifflichen Erfassung aus. Sie machen deutlich: Es gibt eine neue

Sprache nach 1945 – das ist die Sprache der Demokratie in allen ihren Facetten.

Eine – in diesem Sammelband nicht zu leistende und auch gar nicht gewünschte – Vermittlung eines vollständigen Bildes der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft hätte diesem hinsichtlich der Gegenwart und Zukunft ausgeprägt demokratisch orientierten aktivistischen Gestaltungswillen einen Wirklichkeitsausschnitt entgegenzuhalten, der, sozusagen als Gegenstück zu dem zukunftsgerichteten demokratischen Aktionismus, das geistige Klima der Nachkriegsgesellschaft ebenso prägt: die vielfach beschriebene Unfähigkeit – die auch Nichtbereitschaft heißen kann – zu einer aufrichtigen Selbstreflexion, ein ausgeprägtes Bedürfnis nach Verschweigen, Verschleiern, Vergessen. Dieser Wirklichkeitsausschnitt ist ebenso in gesellschaftlichen und politischen Handlungsbereichen präsent, und er hat als Diskurs positive sprachliche Ausdrucksformen: Der legislatorisch-administrative »vergangenheitspolitische« (nach Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik*. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1996) Aktionismus ist mit seiner Strategie der *Integration* und seiner Sprache der *Amnestie*, des »*Schlussstrichs*« – das wären Leitvokabeln des Diskurses – sprachhistorisch darzustellen auf der Grundlage entsprechender Gesetze, Bundestagsdiskussionen, Presseberichten und Kommentaren. Und: Insofern diese »Amnestierung«, dieses aktive »Beschweigen« (Hermann Lübbe) wiederum ein diskursives Komplement hat, wäre auch dieses mit seinen sprachlichen Ausdrucksformen zu beschreiben: die intellektuelle Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die eine andere neue Sprache konstituiert. Um diese neue Sprache beschreiben zu können, wären weitere typische Diskursbereiche der Nachkriegszeit und ihre Leitvokabeln zu betrachten. Hier ist etwa auf den in den ersten Nachkriegsjahren auf hohem Reflexionsniveau geführten Schulddiskurs zu verweisen. Teilnehmer dieses Diskurses und Sprecher dieser neuen Sprache sind Exponenten von Kirche, Parteien, Philosophie, Literatur.

Eine Sprachgeschichte der früheren Nachkriegszeit als Diskursgeschichte hätte also die drei Zeitperspektiven mit ihren jeweiligen Problemfeldern und diese begrifflich erfassenden Konzepten zu beschreiben. Sie hätte die lauten – weil mächtigen – und darum in der Öffentlichkeit wahrgenommenen sprachlich manifestierten Konstituenten des geistigen Klimas der Nachkriegsgesellschaft den leisen wirkungslosen – weil in der Demokratie nicht vertretenen und unerwünschten – entgegensetzen und sprachhistorisch zu bewerten. Damit hätte sie auch die soziologisch bereits nachgewiesene Funktion des demokratischen Aktionismus – er dient der Kompensierung und Paralyse – in ihren sprachlichen Ausdrucksformen dargestellt und somit sprachhistorisch fixiert.

Heidrun Kämper, Mannheim

Die Autorin ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für deutsche Sprache.